

WERTHEIMER APPELL

Nach ausführlicher Diskussion verabschiedet von den Teilnehmern des
1. Deutschen Islamkritikertreffens in Wertheim/Main am 2. Juni 2007

Der schleichenden Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland wird von Seiten der politisch Verantwortlichen kein Widerstand entgegengesetzt, ja, sie wird sogar noch gefördert. Statt der Identitätswahrung der Mehrheit unbedingten Vorrang einzuräumen, fließen Scharia-Elemente in die deutsche Rechtsordnung ein.

Diese Politik richtet sich gegen den überwältigenden Mehrheitswillen, wie die beiden Allensbach-Studien von 2005 und 2006 zeigen, wonach eine große Mehrheit der Deutschen die Ausbreitung des Islam in ihrem persönlichen Umfeld mit wachsender Sorge beobachtet und sich zunehmend von dieser Ausbreitung bedroht fühlt. Alleingelassen von Politik, Kirchen und Medien, überrascht es daher kaum, daß die Bereitschaft der Deutschen, die pauschal geforderte Toleranz gegenüber dem muslimischen Glauben zu üben, dramatisch sinkt, wie Allensbach feststellt. Dies ist ein besorgniserregender Befund in Hinblick auf die friedliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Es liegt genug Wissen über den Islam, seine vierzehnhundertjährige Gewaltgeschichte und seine ideologische Unveränderbarkeit vor, als daß jemand in verantwortlicher Stellung für sich Unwissenheit in Anspruch nehmen könnte.

Wir fordern daher:

- Überprüfung von Art. 4 GG (*Religionsfreiheit*) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf die Politreligion Islam;
- Verhinderung des EU-Beitritts der Türkei;
- Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung bei Moscheebauprojekten mit einem zwingenden Ablehnungsmandat für die Administration bei entsprechendem Mehrheitsentscheid; Verbot des Baus von Minaretten als Ausdruck des politischen Islam; Verbot des lautsprecherverstärkten Gebetsrufs;
- Ächtung der Banken und Finanzdienstleister, die in Europa Scharia-konforme Geldanlagen anbieten und es damit zulassen, daß in unserer Wirtschaftsordnung das Wirtschaftsmodell der Scharia eingeführt wird;
- Einführung eines Bekenntnisses aller Einwanderer zu den freiheitlichen Grundwerten unserer Kultur und Gesellschaftsordnung in der christlich-jüdisch-humanistischen Tradition Europas (*Menschenrechte, rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, Jungen und Mädchen* — in Australien müssen von September 2007 an auch einwandernde Muslime ein Bekenntnis zu den christlich-jüdischen Werten des Landes ablegen).

Ja, ich unterstütze den WERTHEIMER APPELL

Bitte per **Fax** oder per **Brief**
an:

Bundesverband der Bürger-
bewegungen zur Bewahrung
von Demokratie, Heimat und
Menschenrechten e.V.

— **BDB** —

z. Hd. Willi Schwend
Ludwig-Erhard-Str. 10
97877 WERTHEIM

Tel. 09342-856 220

Fax 09342 – 22773

www.buergerbewegungen.de

Ihren Namen und Wohnort bitte deutlich lesbar angeben. Danke!

> *Vor- und Zuname:*

> *PLZ, Ort:*

> *Datum, Unterschrift:*

* *e-Mail* (*falls Sie in den **BDB-Mailverteiler** aufgenommen werden wollen):